

Informationen zum Datenschutz gemäß Artikel 13, 14 und 21 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

-Zentrale Dienste/Wahlen- Mitglieder Wahlvorstände/Wahlhelferdatei

Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeinde Kirner Land
Zentrale Dienste/Wahlen
Bahnhofstraße 31
55606 Kirn
Telefon: 06752 135-0
E-Mail: verwaltung@kirner-land.de

Datenschutzbeauftragter (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Verbandsgemeinde Kirner Land
Datenschutzbeauftragte
Bahnhofstraße 31
55606 Kirn
Telefon: 06752 135-312
E-Mail: datenschutz@kirner-land.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c. DS-GVO)

Zweck:

- Berufung zu Mitgliedern von Wahlvorständen und zum Anlegen einer Wahlhelferdatei

Rechtsgrundlage:

- § 26 Abs. 5 Kommunalwahlgesetz (KWG)
- § 13 Abs. 3 Landeswahlgesetz (LWahlG)
- § 4 Europawahlgesetz (EuWG) i.V.m. BWG
- § 9 Abs. 4 Bundeswahlgesetz (BWG)

Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. a lit. e DSGVO)

Die Verarbeitung erfolgt durch die mit der Durchführung von Wahlen betrauten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Die Zusammensetzung des Wahlvorstandes (Name, Vorname, Funktion) wird am jeweiligen Wahllokal ausgehängt und den Wahlvorstehern/Wahlvorsteherinnen zur Aufgabenerfüllung mitgeteilt.

Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

- Entfällt

Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Daten von Personen, die zur Tätigkeit in Wahlvorständen geeignet sind, dürfen auch für folgende Wahlen verarbeitet werden, sofern der Betroffene der Verarbeitung nicht widersprochen hat.

Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c – d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)

- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, (Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon: 06131 8920-0, Telefax: 06131 8920-299, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand: 30.08.2021